

# Antworten der Parteien auf die Fragen des BUND Jüchen zur Kommunalwahl 2014, nach Themen geordnet

(Reihenfolge nach Eingang der Antwortschreiben)

## Luft

---

*Die Gemeinde ist geprägt durch den Braunkohlentagebau. Nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung sind nicht auszuschließen.*

*Frage: Welche Maßnahmen könnte eine Kommune ergreifen, um die Jüchener Bevölkerung vor einer Gesundheitsgefährdung zu schützen? (Feinstaub aus Verkehr u. Braunkohleabbau, Quecksilber aus Braunkohle-Kraftwerken)?*

---

## DieLinke

Durch eine stringente Luftüberwachung welche transparent, öffentlich und vor allen dingen Leichtverständlich auf der Gemeindehomepage gesetzt wird. Diese Kosten hat der RWE zu tragen.

## SÖWA

Zwei Feinstaub-Quellen stehen hier im Fokus. Zum einen der Tagebau. Die bisherigen Maßnahmen sind u.E. nicht ausreichend um die Bevölkerung zu schützen. Wir sehen auch hier nur begrenzte Einflussmöglichkeiten der Kommune. Bedauerlicher Weise, wird uns der Tagebau noch einige Jahre erhalten bleiben. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft müssen in dieser Frage mehr Druck auf die Verantwortlichen ausüben. Bessere Information und Aufklärung über die Folgen der Feinstaubbelastung sind unabdingbar. Ein weiteres Problem ist der zunehmende Verkehr. Der LKW-Verkehr in den Ortschaften hat, bedingt durch die Einführung der Autobahnmaut, erheblich zu genommen. Daneben ist ein Anstieg des Motorradverkehrs zu beobachten. Wir setzen uns für ein Durchfahrtsverbot für den LKW-Verkehr, als auch ein temporäres Durchfahrtsverbot für bestimmte Bereiche für den Motorradverkehr ein. Daneben muss der ÖPNV ausgebaut werden. Eine Flankierende Maßnahme, wäre die verbesserte Taktung und die Realisierung des Bürgerbus und der Ausbau des Radwegnetzes. Ergänzend müssen weitere Flächen aufgeforstet werden um die Luftqualität spürbar zu verbessern.

## B90/DieGrünen

Da augenscheinlich die Möglichkeiten der Filterung ausgereizt sind und wir sehr minderwertige Kohle haben bleibt nur noch eins – abschalten der Kraftwerke. Eine andere Möglichkeit ist hier nicht in Sicht.

## FWG

Gerade wir von der FWG sind in den 10 Jahren unseres Bestehens nicht müde geworden, immer wieder konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Tagebauemissionen und hierbei insbesondere gegen den gesundheitsgefährdenden Feinstaub vorzugehen. Zwar erst seit Jahresbeginn, aber immerhin konnten wir durch unsere stetigen Forderungen erreichen, dass erstmals in Hochneukirch eine Feinstaubmessanlage installiert wurde, so dass wenigstens abgelesen werden kann, wie groß das Problem ist. Die Messtation hat auch bereits eine erkleckliche Anzahl von Grenzwertüberschreitungen aufgezeichnet. Dies wird handlungsleitend für weitere Maßnahmenplanungen sein müssen. Immer wieder hat die FWG auch zu Veranstaltungen mit Experten zum Thema Tagebaufeinstaub eingeladen, wo auch konkrete Gegenmaßnahmen vorgestellt wurden (siehe auch <http://fwg2014.blogspot.de/p/tagebau.html>). Wir halten die Braunkohleverstromung für eine der umweltschädlichsten Energieerzeugungstechnologien überhaupt, die Konzentration an Kraftwerken in

unserem Lebensumfeld für besonders problematisch und gesundheitsgefährdend. Kohlekraftwerke müssen so schnell als möglich durch Technologien der Erneuerbaren Energiegewinnung abgelöst werden. Hinsichtlich der Feinstaubbelastung durch Verkehr gibt es in der Gemeinde Jüchen derzeit keine Hinweise auf hohe Konzentrationen, wie sie in manchen Großstädten erreicht werden. Bundespolitisch kann sicherlich auf die Fahrzeugtechnik und damit auf andere Antriebsarten etc. eingewirkt werden. Kommunalpolitisch erkennen wir auf diesem Feld ansonsten keine Einflussmöglichkeiten.

## **SPD**

Das Monitoring der Feinstaubbelastung bleibt - wie in der Vergangenheit – Gegenstand der Beobachtung und Kritik. Einwirkungsmöglichkeiten beschränken sich auf öffentlichen Meinungsdruck, wenn nicht Maßnahmen wegen Überschreitung der Grenzwerte bereits von Amts wegen geboten sind. Das neue Thema der Quecksilber-Kontamination durch die Abluft der Braunkohlekraftwerke, das seit der Minamata-Konvention vom Oktober 2013 virulent geworden ist, muss auf die politische Landesebene gehoben werden. Start kann eine kommunale Initiative im nächsten Gemeinderat sein.